

Pressemitteilung  
Nr. 080/2022  
Kiel, 08.06.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Die Tafeln brauchen jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe

*SSW-Fraktionschef Harms hat die Landesregierung aufgefordert, ein geplantes Programm zur Sicherung der Tafeln schnell auf den Weg zu bringen.*

Mehr Bedürftige und weniger Lebensmittelpenden: Bereits die Corona-Krise war für die 56 Tafeln in Schleswig-Holstein eine enorme Herausforderung.

Mit der Ukraine-Krise wird die Situation nun zusätzlich verschärft. Denn die steigenden Preise für Lebensmittel, Kraft- und Heizstoffe drängen immer mehr Menschen an den Rand der finanziellen Belastbarkeit. Hinzu kommen geflüchtete Menschen aus der Ukraine, die sich angesichts bürokratischer Hürden und der Ungewissheit, ob und wann sie staatliche Leistungen erhalten, ebenfalls in den Tafeln mit dem Notwendigsten versorgen. Bundesweit müssen deshalb immer mehr Tafeln der öffentlichen Hand die Überlastungsanzeige ihrer Strukturen mitteilen.

In Schleswig-Holstein ist zumindest mittelfristig Entlastung zu erwarten. Wie die Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des SSW-Fraktionsvorsitzenden Lars Harms ergeben hat, plant das Land aktuell ein Programm zur Sicherung des Tafelbetriebs. Ziel ist es, die Folgen des Ukrainekriegs abzumildern und den Bestand der Tafeln zu sichern.

Das Programm soll nach Angaben der Landesregierung über die Kreise und

kreisfreien Städte abgewickelt werden. Wann es realisiert, und in welcher Höhe Mittel zur Verfügung gestellt werden, teilte die Landesregierung nicht mit.

"Dass ein solches Programm in der Planung ist, begrüße ich sehr. Wichtig ist aber, dass es jetzt schnell und unkompliziert auf den Weg gebracht wird", mahnt Harms.

"Nicht, dass man sich wieder in Details verliert, wie wir es bei Förderprogrammen der Jamaika-Regierung schon erlebt haben, und das Regelwerk am Ende so kompliziert ist, dass kaum Mittel abfließen. Damit wäre niemandem geholfen".